

Bundesvereinigung der *Arbeitgeberverbände* hat zwar durch ihren neuen Präsidenten *O. A. Friedrich* einige Kritik geäußert, aber es wurde auch deutlich, daß die Arbeitgeber über jede Regelung unterhalb der Paritätsgrenze mit sich reden lassen. Die *Gewerkschaften* trifft das entschiedene Nein zur Parität hart. Jedoch ist der Bericht wesentlich mitbestimmungsfreudiger ausgefallen, als sie gedacht hatten. Viele Einwände wurden entkräftet, so z. B. die Befürchtung einer zentralen Steuerung der Gewerkschaftsvertreter. Dazu bemerkt allerdings kritisch der „Industrie-

kurier“ (22. 1. 70), daß diese Behauptung der Kommission angesichts der im gewerkschaftlichen Schrifttum verbreiteten Zielsetzung, via Mitbestimmung zu steuern und zu kontrollieren, gewagt sei. Trotzdem wird es für die Gewerkschaften schwierig, ihre ständig erhobene Forderung nach Parität aufzugeben. Angesichts dieser Lage wird die von der Kommission bei der Vorstandsbestellung stärker berücksichtigte Parität von Bedeutung in der Auseinandersetzung werden. Denn hier lassen die Empfehlungen noch einen gewissen Spielraum.

Die Religionspolitik in den kommunistischen Staaten

Die neuen Aspekte der sowjetischen Außenpolitik, die sich seit dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in unterschiedlicher, aber trotzdem deutlicher Intensität in Richtung Westeuropa und den Vereinigten Staaten verfolgen lassen, haben auch das Verhältnis des Kommunismus und des sozialistischen Staates zur Religion nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in allen osteuropäischen Staaten beeinflußt. Nicht, daß sich die Grundlagen geändert hätten. Der Kommunismus betrachtet die Religion aus ideologischer Sicht immer noch nach dem bekannten Marxspruch als „Opium des Volkes“, als eines der größten Hindernisse bei der Durchsetzung der ideologischen Ziele in Osteuropa. Aber die Taktik hat sich, was das äußere Verhältnis anbelangt, geändert. Der in den letzten Jahren steigende Einfluß der Kirchen bei den internationalen Friedensbemühungen — so die Friedensappelle der Päpste Johannes' XXIII. und Pauls VI. und die Initiativen des Weltkirchenrates für Vietnam, für Nigeria und im Nahen Osten — zwang auch die sowjetische Außenpolitik, diesen Einfluß zu berücksichtigen und möglichst in das Konzept der sowjetischen Außenpolitik einzuarbeiten.

Drei Gruppen von Ländern

So sind wir in den letzten Jahren auf der einen Seite Zeugen sowjetischer und anderer osteuropäischer Versuche, mit kirchlichen Persönlichkeiten und Institutionen gemeinsame Friedensziele zu propagieren, auf der anderen Seite wird innenpolitisch die alte Politik der Kirchenunterdrückung fortgesetzt. Es ist darum kaum verwunderlich, daß auf der Mitte Januar 1970 in Moskau abgehaltenen ideologischen Konferenz über den sogenannten „Antikommunismus“ auch über den Kampf gegen den „religiösen Einfluß“ beraten wurde. Die führenden Ideologen der kommunistischen Parteien, vor allem aus den osteuropäischen Staaten, haben ihren Willen bekräftigt, den Kampf gegen den Einfluß der Kirchen auf ideologischem Gebiet zu verstärken.

Bei einer Analyse dieses „ideologischen Kampfes“, der faktisch von Moskau aus gesteuert und bestimmt wird, kann man gewisse nach Ländern differierende Besonderheiten feststellen. Es scheint, daß Moskau und damit die Führungen der anderen kommunistischen Parteien Osteuropas, bei der Beurteilung der Intensität und Taktik des Kirchenkampfes nicht nur von der Bevölkerungsstruktur jedes einzelnen Landes ausgehen, sondern vor allem auf die politisch-historische Entwicklung Rücksicht nehmen. So kann man die Länder etwa in drei Gruppen einteilen. Je nach der Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen unter-

scheidet sich die Taktik des Staatsapparates als des Exekutivorgans der Partei gegenüber den Kirchen.

Eine besondere Stellung nimmt die Sowjetunion selbst ein, wo diese Unterdrückungspolitik seit der Oktoberrevolution im Jahre 1917 andauert. Die gegenwärtig ideologisch bedeutendste Gruppe bilden jene Staaten des sozialistischen Blocks, in denen sich vor der kommunistischen Machtergreifung relativ starke politische Kräfte in ihrem Programm zum Christentum als Weltanschauung bekannten. Hier wirkte sich die politische und ideologische Unterdrückung der Kirchen am nachhaltigsten aus und hat auch die meisten Opfer gefordert. Das gilt — trotz der starken Position der katholischen Kirche — für Polen, für die Tschechoslowakei, für Ungarn und in sehr geringem Maße für die DDR, in der „stalinistischen“ Phase auch für Jugoslawien. Die dritte Gruppe bilden jene Länder, in denen man in den Kirchen keinen unmittelbaren politischen Gegner auszuschalten hatte und wo der Kampf deshalb vor allem auf ideologischem Gebiet ausgetragen wurde. Dazu gehören Rumänien und Bulgarien.

Hält man sich an dieses Schema, so kann man die Ziele und Wege der kommunistischen Kirchenpolitik in den einzelnen Staatengruppen viel klarer analysieren. Denn wie in der Außen- gibt es auch in der Kirchenpolitik unterschiedliche Methoden. Das Zentrum bestimmt die Generallinie — die Partei des einzelnen Staates arbeitet die Strategie aus, die für das jeweilige Land zu gelten hat, und die Staatsorgane führen dann diese Strategie durch. Die ausführenden Organe im Staatsapparat — in der DDR und der Tschechoslowakei zum Beispiel die Staatssekretariate für Kirchenfragen, in anderen Ländern die zuständigen Abteilungen, meistens der Kultusministerien — stimmen in regelmäßigen gemeinsamen Beratungen die Details ihres Vorgehens ab. War man noch vor einiger Zeit stärker zentralistisch vorgegangen, versucht man nun, auf die spezifischen Besonderheiten der einzelnen Staaten Rücksicht zu nehmen. Es wird aber gerade in jüngster Zeit strikt darauf geachtet, daß die Aktionen in den einzelnen Ländern auf jeden Fall in das Konzept der sowjetischen Außenpolitik passen und die Zuspitzung der Beziehungen zu den Kirchen nicht die außenpolitischen Ziele der Sowjetunion gefährdet.

Die antikirchliche Propaganda in der Sowjetunion

Für die Sowjetunion selbst besteht das auffallendste, schon öfter registrierte Faktum darin, daß in wachsendem Maße „Mängel“ im „Kampf gegen die religiösen Vorurteile“ entdeckt werden. In gezielten Pressediskussionen wird dann das Auftauchen religiöser Überzeugungen

unter den Kampf gegen mythologische Überbleibsel subsumiert. A. Rogov befaßte sich schon zu Beginn des Jahres 1966 in einer Rundfunksendung mit dem Fortleben religiöser „Mythen“ und erklärte: „Man mag sich fragen, welche Bedeutung alte Mythen und Legenden heute in unserem aufgeklärten 20. Jahrhundert haben können. Aber es gibt noch immer Menschen, die an Märchen glauben. Das heißt, daß die Gemüter einiger Sowjetbürger noch immer unter dem Einfluß dieser Mythen stehen. Das trifft nicht nur für diejenigen zu, die zur Kirche oder in die Versammlungshäuser gehen. Es gibt noch eine ganze Anzahl von Unentschlossenen“ (Radio Moskau, 10. 1. 66). Und noch im vergangenen Jahr attackierte das Organ des ZK „Sovetskaja Rossija“ (20. 3. 69) Parteimitglieder, die an religiösen Feiertagen und Riten teilnahmen und sogar ihre Kinder taufen ließen, wie dies im Gebiet von Voronež vorgekommen sei. Die herrschende Gleichgültigkeit gegenüber einer verstärkten religiösen Aktivität führe in letzter Konsequenz zu einer Abkehr von der materialistischen Weltanschauung. Das Blatt forderte von den Parteimitgliedern atheistischen Kampf.

Daß dieser weitergeführt wird, ist vielfach belegt. So wurde beispielsweise ein Rundschreiben des „Rates für die Angelegenheiten der Russisch Orthodoxen Kirche“ bekannt, das in den letzten Wochen des Jahres 1965 verfaßt wurde. Aus diesem Dokument, das vom National Council of Churches in New York veröffentlicht wurde, geht klar hervor, welche Aufgaben die Gebiets- und Stadtkommissionen haben. So werden unter anderen als Aufgaben der Kommissionen genannt das systematische Studium der religiösen Situation in den Wohngebieten ohne Rücksicht auf die Präsenz oder Nichtpräsenz institutionalisierter Religionsgemeinschaften, um Daten über die Häufigkeit, mit der Gläubige religiöse Versammlungen besuchen, zu sammeln und zu analysieren; weiter die Erfassung von Personengruppen, die die Kirche besuchen und religiöse Riten vollziehen (Taufe, Begräbnis, Trauung, Beichte). Schließlich soll geprüft werden, in welchem Ausmaß Religionsgemeinschaften und Kultdiener Jugendliche und Kinder beeinflussen und zur Teilnahme am Gottesdienst ermuntern. Die Kommissionen sollen auch die Registrierung religiöser Riten überprüfen, um dadurch Fälle von Kindertaufen ohne die Einwilligung beider Eltern zu verhindern. Dies ist aber nur ein Teil der „Pflichten“ der Kommissionen, die die religiöse Aktivität der Bevölkerung und der Geistlichen überwachen soll und die, wenn nötig, auch gegen sie eingreifen muß.

„Nauka i Religija“ berichtete in ihrer Märznummer 1969, S. 40f, auch über das von der atheistischen Gesellschaft „Znanie“ (Wissen) veranstaltete Seminar in Krasnodar über das Thema „Die Besonderheiten im Bewußtsein der heutigen Gläubigen und die atheistische Propaganda“, an dem 400 Personen (80% davon mit Hochschulbildung) teilnahmen. Diese regelmäßig in der Sowjetunion organisierten Seminare dienen dem Erfahrungsaustausch und der Vorbereitung von sog. Lektoren-Atheisten. Auf dem Seminar kamen auch Ergebnisse soziologischer Untersuchungen zur Sprache. So hätten z. B. 42% der Befragten in Sevastopol erklärt, die atheistische Propaganda habe auf sie keinen Einfluß. In der Stadt Gor'kij bekannte sich zwar keiner der befragten Schüler der zehnten Klasse als gläubig, aber auch nicht als kämpferische Atheisten. In Leningrad habe eine Umfrage bei den Schülern der zehnten Klasse ergeben, daß viele atheistische und antikirchliche Tätigkeit gleichsetzen.

Außenpolitische Rücksichten

Vor allem hat die Sowjetregierung ein Interesse, den religiösen Einfluß auf Jugendliche, wenn nicht ganz, so doch so stark wie möglich zu drosseln. Dies bestätigte auch der Vorsitzende des beim Ministerrat der Sowjetunion bestehenden Rates für Angelegenheiten der Religion, V. Kurojedov, in einem Artikel der sowjetamtlichen Tageszeitung („Izvestija“, 29. 8. 66), als er erklärte, die „Frage des Kampfes gegen Verletzung des Gesetzes über die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche“ müsse im Verhalten gegenüber den Kirchen Vorrang haben.

Es ist kein Zufall, wenn Kurojedov im selben *Izvestija*-Artikel bestätigte, die Geistlichkeit in der Sowjetunion sei in ihrer Mehrheit bestrebt, die Gesetze über die Kulte zu respektieren und verhalte sich loyal zu allen Maßnahmen der Regierung im Bereich der Innen- und Außenpolitik. Denn der Regierung in Moskau geht es zur Zeit darum, vor der Weltöffentlichkeit den Anschein von Religionsfreiheit im eigenen Lande zu erwecken. So erwähnt V. A. Kurojedov in seinem scharfen Angriff gegen die Reformbaptisten im Regierungsblatt „Izvestija“ (18. 10. 69) verschiedene Besuche ausländischer Staatsmänner und Politiker in der Sowjetunion, z. B. im Frühjahr 1969 des Leiters der auswärtigen Abteilung des Religionsministeriums Indonesiens, I. Hussein, des indischen Parlamentsabgeordneten M. J. Ali, oder des hohen syrischen Regierungsbeamten Mufti Keftaro, die alle nach ihrer Rückkehr erklärt hätten, daß in der Sowjetunion die „volle Gewissensfreiheit für alle Bürger jedweder Religionsgemeinschaft“ gewährleistet sei, und zwar „sowohl in der Verfassung wie in der Praxis“. Diesen Anschein sucht man auf alle mögliche Weise aufrechtzuerhalten. Das gilt aus wohlverstandenen Interesse nicht nur für die christlichen Kirchen. Zu Beginn des Jahres 1969 wurde beispielsweise durch ein Dekret des Obersten Sowjet das geistige Oberhaupt der Moslems in der Sowjetunion, Mufti Sita ut-Din Babakanov, zum 60. Geburtstag für „den vaterländischen Dienst an der Sache des Friedens“ ausgezeichnet (Radio Moskau, 14. 2. 69). In der gleichen Sendung wurde die Sowjetunion als „Beschützer des Islams“ gepriesen und bekanntgegeben, daß eine Zeitschrift für die Moslems des sowjetischen Ostens herausgegeben werde. Die Vermutung ist kaum von der Hand zu weisen, daß die überraschenden Sympathien der sowjetischen Regierung zu den Moslems mit politischen Zielen, die die Sowjetunion im Nahen Osten verfolgt, eng zusammenhängen. Da Präsident Nasser sich auch als gläubiger Moslem der Öffentlichkeit präsentiert, sind diese Gesten Moskaus voll verständlich.

Islam und Buddhismus

Doch steht diese „aufgelockerte“ Haltung der Sowjetregierung gegenüber dem *Islam* auch mit der Annäherung an die afro-asiatischen Völker in Zusammenhang. So wurden in den letzten Jahren die großen Städte des Kaukasus und Zentralasiens — Taschkent, Baku, Alma-Ata u. a. — von einer wahren Prozession ausländischer muslimischer Politiker, von Delegationen, Studenten und Professoren besucht, während zugleich eine ausgewählte Gruppe sowjetischer Muslime zu Kontaktbesuchen ins Ausland reiste. Daß der ursprüngliche Plan Stalins, die muslimischen Republiken als Sprungbrett für eine Ausweitung des sowjetischen Einflusses auf die islamischen Staaten zu be-

nutzen, erst jetzt intensiv betrieben wird, lag vor allem am früheren starken Mißtrauen der Sowjetregierung an der staatsbürgerlichen Loyalität ihrer muslimischen Völker. Hatte man doch deren Nationalbewußtsein im Sinne von Gruppensolidarität zu Unrecht mit Nationalismus als Streben nach nationalstaatlicher Organisation identifiziert. So beklagte noch 1967 „Nauka i Religija“ (April 1967) die noch heute vorherrschende Überzeugung der Kirgisen, Tadschiken und anderer muslimischer Völker, daß sie sich als solche auch zugleich zur islamischen Glaubensgemeinschaft gehörig fühlten. So wurde der Widerstand des Nationalbewußtseins gegen die erklärte Russifizierungspolitik in Zentralasien als Nationalismus mißverstanden und bekämpft. Von daher ist ein wesentliches Teilziel der sowjetischen Religionspolitik, völlige Integration der sich zum Islam bekennenden Völker in den sowjetischen Staat, verständlich, auch wenn dieses Ziel bis heute ein im Grunde ungelöstes Problem geblieben ist. Dieser Kampf, der von administrativen Maßnahmen bis zur Gewaltanwendung reichte, hatte seine Höhepunkte Ende der zwanziger Jahre sowie zur Zeit der großen Säuberung 1937/38. 1942/43 kam es auch in der Religionspolitik gegenüber dem Islam, bedingt durch die allgemeine innenpolitische Lockerung, zum Umschwung. Heute ist die ideologische Auseinandersetzung mit dem Islam vor allem im Hinblick auf außenpolitische Ziele bestrebt, zu einer Islaminterpretation zu kommen, die sich mit dem eigenen ideologischen Selbstverständnis gerade noch vereinen läßt. Dies ist aber auch eine Folge der allmählich sich durchsetzenden Erkenntnis, daß der Islam gegenüber der Repressionspolitik bis heute eine ungebrochene Kraft geblieben ist. Seine numerische Stärke läßt sich freilich nur annähernd, aufgrund der Nationalitätenstatistik der Volkszählung von 1959, angeben. Danach gehörten damals 24 Millionen Menschen zu Volksgruppen, die sich traditionell zum Islam bekennen. Aber auch diese Grundlage ist ungesichert insofern, als man damals in der entsprechenden Frage den Ausdruck „narodnost“ (Volkszugehörigkeit) durch „nacionalnost“ (Nationalität) ersetzt hatte.

Auch in der Religionspolitik gegenüber den *buddhistischen* Volksgruppen der Burjäten, Kalmüken, Tuviner, Mongolen u. a. läßt sich in der Gegenwart eine gewisse Lockerung erkennen, wenn sie auch nicht an die Rücksichtnahme, ja sogar Förderung der ersten Periode herankommt (1917 bis etwa 1928). Damals sah sich die Sowjetregierung durch den Mangel an Staatsschulen und medizinisch ausgebildetem Personal gezwungen, die erzieherische und medizinische Tätigkeit der buddhistischen Klöster vorübergehend zu dulden. Man ließ die Errichtung neuer Tempel und Klöster zu und gewährte letzteren sogar direkte Staatsanleihen. Die Zahl der Lamas stieg in dieser Periode auf rund 1500. Die Schüler des Bandido-Chamlo-Lama, A. Dordziev, des Hauptes des Burjato-Buddhismus, vertraten sogar die Auffassung, daß in Lenin der Geist Buddha weiterlebe. 1929 setzte dann eine Periode der Unterdrückung ein, in der bis 1935 die Zahl der Lamas auf 900 absank, sechs Klöster geschlossen und zwölf von den Mönchen selbst verlassen wurden. Eine Erleichterung bahnte sich wieder erst mit der neuen Religionspolitik Stalins 1943 an. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde auch die Religionspolitik gegenüber dem Buddhismus außenpolitischen, vor allem nach Ostasien orientierten Zielen in gewissem Maße untergeordnet. Es entstand ein buddhistischer Zentralrat, der regierungstreue Erklärun-

gen abgab, zwei Klöster durften wiedererrichtet werden. Diese begrenzte Wiederbelebung scheint jedoch ebenfalls im Dienste der kommunistisch gesteuerten Weltfriedensbewegung zu stehen, wie sich z. B. aus der Erklärung der sowjetischen buddhistischen Delegation auf dem vierten buddhistischen Weltkongreß 1956 ergibt. Ebenso wurden schon einige Male buddhistische Lamas zu Friedenskundgebungen nach Moskau geholt (vgl. Artikel „Buddhismus“ in „Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft“, Bd. I, Herder, Freiburg 1966).

Politische Dienste der Orthodoxie

Diese Strategie der Sowjetregierung, die Religionsgemeinschaften für die Ziele ihrer Außenpolitik einzuspannen, gilt in viel größerem Ausmaß für die *russisch-orthodoxe Kirche*. Sie ist zahlenmäßig die stärkste Religionsgruppe der Sowjetunion. Bei ihrem Aufnahmeantrag in den Weltkirchenrat 1961 gab sie die Zahl ihrer Gemeinden mit 20 000 an, die von rund 30 000 Geistlichen betreut würden. Die Zahl praktizierender Gläubiger wurde gegen Ende der fünfziger Jahre allerdings sehr unterschiedlich zwischen 20 und 40 Millionen geschätzt. Ihre außenpolitisch nützlichen Dienste wurden z. B. 1968 deutlich, als führende Persönlichkeiten sich gegen die Unterdrückung von „Freiheit und Demokratie“ in Griechenland und gegen die Einmischung des Militärregimes in innerkirchliche Angelegenheiten wandte (JMP, März 1968). Nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR übernahm sie die offizielle Sprachregelung, als Patriarch *Alexij* in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Zentralaussschusses des Weltkirchenrates dessen Erklärung vom 28. August 1968 zur „militärischen Intervention“ bedauerte und — entgegen dieser Formulierung — auf die vertragliche Pflicht zur gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit hinwies.

Auch in jüngster Zeit wurde die orthodoxe Kirche wieder durch die Konferenz der „Anhänger aller Religionen in der UdSSR“ in Zagorsk vom 1. bis 4. Juli 1969 in die sowjetische Friedenspolitik eingeschaltet. Ihr Thema lautete „Zusammenarbeit und Frieden unter den Völkern“. An ihr nahmen von 180 sowjetischen Delegierten 150 Vertreter der Orthodoxie teil. Trotz der Mitwirkung von 100 ausländischen Delegierten stand sie ganz unter sowjetischem Einfluß. In einer Grußbotschaft beteuerte der sowjetische Ministerpräsident erneut die Friedensliebe der Sowjetunion und versicherte, daß die „Sowjetregierung unbeirrbar und konsequent eine Politik des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern führt“ (TASS, 1. 7. 69). Es war schon fast selbstverständlich, daß der Metropolit Erzbischof Nikodim von Leningrad, wohl der Hauptverantwortliche der sowjetischen Kirchenpolitik in der russisch-orthodoxen Führung, auf der gleichen Konferenz die NATO und die Bundesrepublik Deutschland scharf angriff. Diesen Angriff wiederholte auch die Schlußresolution der Kirchenkonferenz (TASS, 5. 7. 69).

Aber fast zur gleichen Zeit, als Kossygin sein Grußtelegramm nach Sagorsk sandte, wurde bekannt, daß man in einem Schauprozeß gegen Angehörige der deutschen evangelischen Sekte der „Pfingstbrüder“ in der usbekischen Stadt Angren acht Angeklagte zu teils hohen Gefängnisstrafen — zwei davon zu fünf Jahren Zuchthaus — verurteilt hatte. Und kurz zuvor war der geheim geweihte Bischof der griechisch-katholischen Glaubensgemeinschaft der Ukraine, B. *Welyczkowski*, von der sowjetischen Sicherheitspolizei in Lemberg verhaftet worden. Er war

nur ein spätes Opfer in der Reihe der 400 griechisch-katholischen Geistlichen in der Sowjetunion, die nach dem Zweiten Weltkrieg verhaftet und deportiert wurden.

Innenpolitisch sollen gelegentliche Gunsterweise wie Einladungen höherer kirchlicher Würdenträger zu diplomatischen Empfängen, die Verleihung von Orden (z. B. an Patriarch *Alexij* zu dessen 90. Geburtstag im November 1967) oder die „großzügig“ gewährte Benutzung des Rundfunks (z. B. zu einer Gedenkansprache des Metropoliten *Pimen* am 5. April 1968 anlässlich der Ermordung von Martin Luther King) die Loyalität der hierarchischen Spitzen der Kirche „erleichtern“ und „belohnen“ und zugleich das Ausland irreführen. Dennoch mag man sich fragen, ob die orthodoxe Kirchenleitung diese ihre eigene Ausnutzung für außenpolitische Zwecke im Austausch für einen wenn auch begrenzten innerkirchlichen Spielraum bewußt in Kauf zu nehmen gezwungen ist.

Man kann feststellen, daß das Verhältnis des sowjetischen Staatsapparates zu anderen Kirchen sich im Schatten der Beziehungen zu der russisch-orthodoxen Kirche entwickelt. Zwar wurde vor drei Jahren die amtliche Bezeichnung des staatlichen Rates für Angelegenheiten der Religionen umbenannt, aber immer noch bildet die Kontrolle der Orthodoxie das Hauptbetätigungsfeld der Beamten des Rates. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß die anderen Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion allein zahlenmäßig schon eine kleine Minderheit bilden. So ist die römisch-katholische Kirche nur in den alten Zentren des Katholizismus, in Litauen und Lettland, von einigem Gewicht. Die Zahl der Katholiken in Litauen wurde 1967 auf zwei Millionen geschätzt, in Lettland gibt es noch etwa 350 000 Katholiken in 150 Gemeinden. Ähnliches gilt für die evangelisch-lutherische Kirche mit ihrem Schwerpunkt in Lettland. Nach den letzten Angaben gibt es in Estland ungefähr 350 000 und in Lettland eine halbe Million evangelische Christen. Der lutherische Erzbischof *J. Kiivit* aus Tallin spielte eine Zeitlang eine bedeutende Rolle. In den ersten Jahren der Prager Christlichen Friedenskonferenz war er einer ihrer bedeutendsten Vertreter; später, als politisch der Staatsapparat in Estland unbequem wurde, mußte er nach offiziellen Angaben aus „gesundheitlichen Gründen“ seine Demission einreichen. Trotzdem blieb in Estland dank seines Wirkens eine relativ rege Tätigkeit der Kirche zurück, die bis heute spürbar ist.

Stark verfolgt wie früher die griechisch-katholische Kirche in der Ukraine wurden auch die Evangeliums-Baptisten mit ihren rund drei Millionen Anhängern, die von manchen Beobachtern des kirchlichen Lebens in der Sowjetunion als „die vitalste christliche Kirche in der Sowjetunion“ bezeichnet werden (vgl. „Wort und Wahrheit“, Dezember 1969).

Die Situation außerhalb der UdSSR

Eine etwas andere Entwicklung zeigt sich in den letzten Jahren in der Tschechoslowakei, in Polen, Ungarn und teilweise in der DDR. In diesen Ländern mußten die Kommunisten den Kampf nicht nur auf der ideologischen, sondern zum Teil auch auf der politischen Ebene führen. Dafür brauchte man verstärkt „Bundesgenossen“ aus christlichen Lagern. Bezeichnend dafür sind die Vorgänge in der Tschechoslowakei. Seit der Entstehung des selbständigen tschechoslowakischen Staates im Jahre 1918

spielten in der Politik dieses Landes die zwei vorwiegend katholisch orientierten Parteien — in den tschechischen Ländern die Tschechoslowakische Volkspartei, in der Slowakei die Slowakische Volkspartei, die nach dem Weltkrieg nicht ihre Tätigkeit wiederaufnehmen durfte — eine wichtige Rolle. In den einzigen freien Wahlen nach dem Krieg, am 26. Mai 1946, erhielt die Tschechoslowakische Volkspartei insgesamt 1 111 009 Stimmen und entsandte so 46 Abgeordnete in die Verfassungsgebende Nationalversammlung. Nach der kommunistischen Machtergreifung wurde zuerst die Volkspartei, die sich als Vertreterin der christlichen Bevölkerung im Parlament betrachtete, mit Hilfe von Kollaborateuren aus den Reihen der Partei, wie dem damaligen Abgeordneten *J. Plojhar*, gleichgeschaltet. Nach dem *politischen Sieg* und der Liquidierung der Gegner konnte man dann zum ideologischen Kampf gegen die Kirche übergehen.

Nach inszenierten Schauprozessen und Deportationen ging man in den sechziger Jahren mit neuen Methoden vor, indem man sich um die Sympathien konzilianterer und politisch weniger belasteter christlicher Gruppen bemühte. Von dem protestantischen Theologen *J. Hromádka* wurde die Prager Christliche Friedenskonferenz gegründet, die — wahrscheinlich manchmal ohne dessen Willen — unter den protestantischen und orthodoxen Geistlichen und Laien zugunsten der sowjetischen Außenpolitik Stellung nahm. Mit Unterstützung der Staatsorgane in den sozialistischen Ländern gelang es, aus der Prager Christlichen Friedenskonferenz ein nützliches Propagandainstrument zu machen. Als das Instrument nach dem Einmarsch der Armeen der fünf Staaten des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei ungefüßig wurde, kam die Krise. *Hromádka* sandte am 22. August 1968 dem sowjetischen Botschafter in Prag, *Červonenko*, einen leidenschaftlichen Brief, in dem er, als Freund der Sowjetunion, sich von der Invasion distanzierte und sie aus christlichem Gewissen verurteilte. Dieser Schritt *Hromádka*s löste eine scharfe Kritik bei einigen kirchlichen Kreisen der Staaten des Warschauer Paktes aus, und *Hromádka* wurde namentlich auch auf der schon erwähnten Konferenz in Sagorsk vom Metropolitan *Nikodim* getadelt. Der Generalsekretär der Prager Christlichen Friedenskonferenz, Pfarrer *Ondra*, ein Schüler *Hromádka*s, mußte seine Demission einreichen, und auch der Gründer der Konferenz trat kurz vor seinem Tod an Weihnachten 1969 als Präsident zurück.

Die Rolle „patriotischer“ Bewegungen

Eine ähnliche Funktion im katholischen Bereich sollte eine andere Organisation erfüllen, Die Initiative dazu kam auch aus Prag, vom damaligen Vorsitzenden der Friedensbewegung der katholischen Geistlichen in der Tschechoslowakei und Vorsitzenden der gleichgeschalteten Tschechoslowakischen Volkspartei *J. Plojhar*. In einem Gespräch mit dem damaligen Generalsekretär der Ost-CDU, *G. Götting*, schlug *Plojhar* die Gründung einer europäischen Konferenz vor. Aber noch bevor *Plojhar*, dessen Vorschlag im Grunde genommen als Gegengeste gegen die von ihm mit Eifersucht verfolgten Initiativen *Hromádka*s gedacht war, seinen Plan mit den staatlichen Organen in Prag abgesprochen hatte, gründete *Götting* mit Hilfe einiger Katholiken in der Ost-CDU die Berliner Konferenz europäischer Katholiken. Seit dieser Zeit war auch eine gewisse Rivalität zwischen *Plojhar* und *Götting* zu beobachten, die sich auch bei den Tagungen der Berliner

Konferenz in den Gegensätzen zwischen den Delegierten der Volkspartei Brodský, als dem Fürsprecher Plojhar und den Vertretern der Ost-CDU, niederschlug.

Die Methode, im ideologisch-politischen Kampf regime-treue Kräfte aus den christlichen Kirchen zu gewinnen, die wahrscheinlich in der Tschechoslowakei mit größtem Erfolg angewandt wurde, hat auch in der DDR mit der Ost-CDU und in Polen mit der Pax-Gruppe ihre Analogie gefunden. In Ungarn, wo ähnliche Versuche ebenfalls mehrmals unternommen wurden, hatte die Regierung am wenigsten Erfolg. Typisch für diese Versuche, die christlichen Bewegungen zu kompromittieren und sie ideologisch zu unterhöhlen, ist gerade die polnische Pax-Gruppe (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 568—571). Dreimal in ihrer Geschichte kam es zwischen ihr und dem polnischen Episkopat zu schweren Auseinandersetzungen. Erstmals Anfang der fünfziger Jahre, als sich die Pax unter ihrem Führer und aktiven Mitglied der Vorkriegsbewegung der polnischen Faschisten, *B. Piasecki*, eng mit den polnischen Stalinisten liierte. Das zweite Mal kam es im Jahre 1964 zu einem Konflikt, als Kardinal *Wyszyński* die Annäherungsversuche der Pax-Bewegung ablehnte. Der dritte Zusammenstoß datiert von Ende 1967, als die polnische Bischofskonferenz am 29. Dezember 1967 in einem Kommuniqué die polnischen Katholiken vor der „kirchenfeindlichen“ „katholischen“ Organisation Pax warnte. Es ist nicht uninteressant, daß die Pax-Gruppe nach diesem Konflikt eine gewisse Schützenhilfe in der Tschechoslowakei suchte. In der Tageszeitung der Pax, „*Slowo Powszechné*“, veröffentlichte deren Redakteur *L. Koseniak* eine Reihe von Gesprächen mit tschechischen und slowakischen Bischöfen und hohen Würdenträgern, u. a. mit dem Prager Bischof *Tomášek*, um den polnischen Gläubigen zu beweisen, daß es sich beim Konflikt zwischen den polnischen Bischöfen und ihr nur um eine innenpolitische Angelegenheit handle und ausländische Kirchenführer sie durchaus als Gesprächspartner akzeptieren.

Unterschiedliche Wege

Eine etwas andere Situation zeichnete sich in Ungarn ab, wo nach der brutalen Unterdrückung der Kirche durch das Rakossi-Regime nach dem Volksaufstand im Oktober/November 1956 die Kádár-Regierung einen versöhnlicheren Kurs eingeschlagen hatte. Abgesehen von dem nach fast fünfzehn Jahren noch immer ungelösten Problem des Aufenthalts Kardinal *Mindszenty's* im Gebäude der US-Botschaft, ist es in Ungarn gelungen, gewisse auch für die Kirchen annehmbare Kompromisse zu schließen. Man muß auch berücksichtigen, daß es zwischen dem ungarischen Episkopat — gerade mit Ausnahme *Mindszenty's* — und dem ungarischen Staat niemals zu so schweren Auseinandersetzungen gekommen ist wie zwischen Episkopat und Staat in der Tschechoslowakei. Gerade die ältere Generation ungarischer Geistlicher hat versucht — oft in Dimensionen des Verhältnisses der Kirche zum Staat in der österreichisch-ungarischen Monarchie —, ein auf lange Sicht sicher fragwürdiges Verhältnis zur kommunistischen Staatsordnung einzugehen. Nach dem Tiefpunkt der Beziehungen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche zu Beginn des Jahres 1967, als die ungarischen Behörden den Bischöfen die Reise zu den Feierlichkeiten des österreichischen Wallfahrtsortes Mariazell untersagten, und einigen unfruchtbaren Versuchen eines „Dialogs“

zwischen dem Vatikan und Budapest, kam es doch zur Einigung über die Ernennung von neuen, insgesamt zehn Erzbischöfen, Bischöfen, Titularbischöfen und Apostolischen Administratoren. Den Geist dieses Kompromisses charakterisiert am besten die Rede des Präsidenten des ungarischen Präsidialrates *P. Losonczy*, der beim Treueid der neuernannten Kirchenfürsten am 23. Januar 1969 im Budapester Parlament erklärte: „Die führenden Organe des Staates werden auch in Zukunft die Pflege der Beziehungen zwischen dem Staat und den Kirchen, die Verbesserung des Verhältnisses... als wichtig betrachten“ (Radio Kossuth, 23. 1. 69). Warum Ungarn gerade diesen Weg ging, hat nicht nur politische Hintergründe. Die schwierige politische Lage nach dem Volksaufstand 1956, als Kádár jede Bewegung, die nicht offen gegen ihn stand, wenigstens teilweise tolerierte, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen, war sicher ein Hauptgrund. Aber es ist auch zu berücksichtigen, daß es in Ungarn als einzigem Land des kommunistischen Blocks nicht gelungen ist, für die „Vaterländische Bewegung“ der Geistlichen genügend Persönlichkeiten mit politischer Durchschlagskraft zu finden und daß es, wo dies gelang, nicht zu so offenen Gegensätzen zwischen den meisten dieser Geistlichen und der Amtskirche bzw. den Gläubigen kam, wie z. B. in der benachbarten Tschechoslowakei.

Gerade dort wurde aber in der Dubček-Ära versucht, gewisse in Ungarn gemachte Erfahrungen auf das eigene Land anzuwenden. Dies war vor allem das Verdienst der im Frühjahr 1968 zum Vorsitzenden des Sekretariats für Kirchenfragen ernannten Frau *E. Kadlecová* und einiger ihrer Mitarbeiter, wie Dr. *Hranička*, der schon im Jahre 1967 ein durchaus instruktives Buch über Papst Johannes XXIII. geschrieben hatte (*Svoboda*, Prag 1967). Nach dem Zerfall der Friedensbewegung der katholischen Geistlichen im März 1968 wurde die Bewegung der konziliaren Erneuerung unter dem Vorsitz des Apostolischen Administrators von Prag, Bischof *Tomášek*, gegründet (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 305—306), in der neben Geistlichen auch katholische Laien ihren Platz fanden. Auch die anderen Kirchen in der ČSSR konnten in dieser Zeit neue Initiativen entwickeln. Die Kirchenpresse erlebte einen neuen Aufschwung, und die Auflage der tschechischen „*Katolické Noviny*“ erreichte binnen kurzer Zeit mehr als 200 000 Exemplare. Dies alles änderte sich nach dem 21. August 1968 und nach der Machtübernahme durch *G. Husák* und die ihn umgebenden „Konservativen“. Auch Frau *E. Kadlecová* wurde wieder durch ihren Vorgänger im Amt aus der Novotný-Ära, *K. Hruza*, abgelöst. Die Bewegung für konziliare Erneuerung wurde vom Innenministerium nicht zugelassen und in einem Brief des Zentralkomitees der KPČ an die Parteimitglieder („*Rudé právo*“, 3. 2. 70) sogar als reaktionäre Organisation verurteilt. Indessen soll nach bewährter sowjetischer Taktik die stark kompromittierte Friedensbewegung der katholischen Geistlichen, wie aus einem Interview mit Plojhar in der kommunistischen Wochenzeitung „*Tvorba*“ (22. 12. 69) hervorgeht, wieder neu belebt werden.

Die „Außenseiter“ Rumänien und Bulgarien

Eine etwas andere Stellung unter den Staaten des sozialistischen Lagers nehmen Rumänien und Bulgarien ein. Einer der Hauptgründe dafür ist, daß in der jüngsten Vergangenheit gerade in diesen Staaten mit ganz überwiegend orthodoxer Bevölkerung die Kirchen weniger

Einfluß auf das politische Leben der Bevölkerung hatten als in anderen osteuropäischen Ländern. Überhaupt kann man feststellen, daß gerade die Orthodoxie in der Sowjetunion und in den sozialistischen Ländern, wo sie einen relativ großen Anteil der Bevölkerung repräsentiert, den Weg einer bedingten, aber doch deutlichen Loyalität eingeschlagen hat. Dieses Verhalten ist wohl auch auf die Erfahrungen der russisch-orthodoxen Kirche in der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der ersten Nachkriegsjahre zurückzuführen, wo sie durch die Bekräftigung ihrer Loyalität gewisse Zugeständnisse von seiten des Staates erreicht hatte. Auch die Tatsache, daß von den Führungen der kommunistischen Parteien, vor allem in der Sowjetunion und in Rumänien, die Orthodoxie als eine „einheimische“ Kirche betrachtet wird, der gegenüber die protestantischen Kirchen und die Katholiken als importierte Gemeinschaften gelten, bestimmt die unterschiedliche Strategie der Parteien gegenüber der Orthodoxie und den anderen Religionsgemeinschaften mit. Unter dem neuen außen- und innenpolitischen Kurs der rumänischen Partei und des Staats- und Parteichefs *N. Ceausescu* hat sich auch die Situation der Kirchen, in diesem Fall vor allem der Katholiken, etwas gebessert. Aber bis heute hat nur eine Diözese, Alba Julia, einen Diözesanbischof, Erzbischof *A. Marton*, der zwölf Jahre lang als Gefangener in seiner Residenz lebte. Die Diözese Jassy wird von einem Kapitularvikar geleitet, und in den restlichen vier katholischen Diözesen, darunter die Erzdiözese Bukarest, gibt es überhaupt keinen Bischof. Trotzdem konnten sich die rumänischen Katholiken bisher wenigstens im Kern behaupten.

Ähnlich ist die Situation in *Bulgarien*. Auch hier kann man in den letzten Jahren eine Entwicklung zwischen Staat und Kirche beobachten, die an manche Vorgänge in der Sowjetunion erinnert. Typisch dafür waren die Feierlichkeiten zum 1100. Todestag des Slawenapostels Kyrill, der von der bulgarischen orthodoxen Kirche mit großem Aufwand am 9. Mai 1969 gefeiert wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 340). Auf Einladung des bulgarischen Patriarchen *Kyryl* nahmen an den Festversammlungen in der Theologischen Akademie oder in der Alexander-Nevsky-Kathedrale in Sofia zahlreiche Würdenträger aus Ost und West, darunter als Vertreter des Papstes auch der französische Erzbischof *J. B. Maury* (Reims), teil. Die Regierung vertrat der Vorsitzende des Komitees für Kirchenfragen *Baleffski*, das in Bulgarien dem Außenministerium angeschlossen ist („Osteuropäische Rundschau“, Juni 1969).

Kurzinformationen

Die Fertigstellung eines neuen Rahmengesetzes für die Priesterausbildung gab Kardinal *G. Garrone*, Präfekt der Unterrichtskongregation, auf einer Pressekonferenz am 16. März 1970 in Rom der Öffentlichkeit bekannt (vgl. „Osservatore Romano“, 16./17. 3. 70). Das Dokument berücksichtigt weitgehend die „Adhortatio“ Pius' XII. „*Menti nostrae*“ (Über die Förderung der Heiligkeit des priesterlichen Lebens, vom 23. 9. 50, vgl. AAS 42 [1950] S. 657—702) und basiert auf dem Konzilsdekret über die Ausbildung der Priester. Eines der Grundmerkmale des neuen Dokuments besteht darin, daß es die Notwendigkeit zeit- und ortsgebundener Anpassungen und Modifikationen vorsieht. Damit sei, wie Kardinal Garrone betonte, das vom Konzil aufgestellte Prinzip, die nationalen Bischofs-

Daß der Staat auch hier auf ein erträgliches Verhältnis zur Kirche Wert legt, beweist auch das Interview, das ein Mitglied der Theologischen Akademie, Prof. *T. Sabeff*, dem ökumenischen Pressedienst gab. Sabeff beteuerte, daß die Kirche frei sei und jeder, der „durch Zwang oder Drohung die Mitglieder von anerkannten Religionsgemeinschaften an der freien Ausübung ihres Glaubens oder ihrer Riten und religiösen Handlungen hindert, bestraft wird“. „Auf Antrag“ könne der Staat den Konfessionen sogar finanzielle Hilfe gewähren. Daß diese Praxis für die Jugend nicht mehr gilt, mußte aber auch Prof. Sabeff einräumen: Die Ausbildung der heranwachsenden Generation falle dem Staat zu und „liege außerhalb des Tätigkeitsbereiches der religiösen Gemeinschaften“.

Vor einer neuen Wende?

Aber trotz Auflockerungen von unterschiedlicher Wirkung bestätigt sich der Gesamteindruck, daß sich das Ziel der kommunistischen Regierungen in den osteuropäischen Staaten im Kampf gegen die Religionsgemeinschaften nicht geändert hat. Man wendet neue zeitgemäßere, manchmal auch erfolgversprechendere Methoden an. Es muß aber festgestellt werden, daß sich in den letzten Monaten — seit den tschechoslowakischen Ereignissen im Jahre 1968 — der ideologische Kampf gegen die Kirchen in allen osteuropäischen Staaten intensiviert hat und auf ideologischem Gebiet größere Anstrengungen unternommen werden, um die „ideologische Festigkeit“ der Parteimitglieder wie der Gesamtbevölkerung zu stärken. Dafür sprechen u. a. der verstärkte Druck auf die Kirche in der ČSSR, neue Initiativen der polnischen Kommunisten im ideologischen Kampf gegen die Kirche, der u. a. auch in der Gründung einer neuen ideologischen Zeitschrift seinen Ausdruck fand. In der sowjetischen Presse erscheinen wieder öfters, und allem Anschein nach zentral dirigiert, Artikel mit Angriffen auf die Aktivität der Religionsgemeinschaften. Auch in Bulgarien ist gerade im Zusammenhang mit der Diskussion über eine Reform des Schulwesens der ideologische Kampf intensiviert worden. Wenn es bis jetzt nicht zu einem neuen „Kirchenkampf“ im vollen Wortsinn gekommen ist, so hängt dies wiederum mit den außenpolitischen Zielen der Sowjetunion zusammen, die ihre gegenwärtige „Friedenspolitik“ und ihre Bemühungen um ein Zustandekommen der Europäischen Sicherheitskonferenz nicht mit einer neuen spürbaren Unterdrückung der Kirchen belasten will.

konferenzen hätten die konkreten Bestimmungen der „ratio institutionis“ selbst auszuarbeiten, während die Kongregation sie nur bestätige, im neuen Rahmengesetz strikt eingehalten worden. Außerdem entspreche es den Empfehlungen der ersten Bischofssynode, die die Ausarbeitung einer „ratio fundamentalis“ als Hilfe für die Bischofskonferenzen gefordert hatte (vgl. HK 21, 581—585). Es enthalte somit nur *Richtlinien* zu Händen der Konferenzen, die jedoch zugleich Grundlage und Möglichkeit der Kontrolle durch die Unterrichtskongregation bedeuten würden. Das Dokument sei in „engster Zusammenarbeit“ mit den Bischofskonferenzen erstellt worden: ein erstes, mit Hilfe von internationalen Experten ausgearbeitetes Schema ist zunächst allen der Kongregation unterstehenden Konferen-